Elisabeth Beer, Ursula Filipič

EINLEITUNG

2009 jährte sich der Fall des „Eisernen Vorhangs“ zu unseren Nachbarländern zum zwanzigsten Mal.

Die Abteilungen EU-Internationales und Sozialpolitik der Arbeiterkammer Wien haben das zum Anlass genommen, sich im Rahmen einer Fachtagung ausführlicher mit den wohlfahrtsstaatlichen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa und möglichen Implikationen für Österreich zu beschäftigen.

Die mittel- und osteuropäischen Staaten haben tiefgreifende wirtschaftliche und politische Umwälzungen auf ihrem Weg in die Europäische Union und bei der Einbindung in die globale Ökonomie vollzogen. Etliche der Transformationsländer haben dabei das kapitalistische Marktwirtschaftsmodell kompromisslos umgesetzt. Einige Länder wurden zu „Experimentierfeldern“ für die Umsetzung neoliberaler Ideen in einer radikalen Form, wie sie im „Westen“ politisch bis dato nicht umsetzbar war. In vielen Fällen erfolgte diese Umwälzung unter starkem Einfluss „westlicher“ Institutionen wie Weltbank oder Währungsfonds, aber auch der EU. Die Bevölkerung wurde über die absehbaren sozialen Folgen zumeist in Unwissenheit gelassen.

Die wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssysteme blieben von den Umwälzungen nicht unberührt: Zum einen war ein Umbau geboten (z.B. Einführung einer Arbeitslosenversicherung). Zum anderen mussten sie auf teils neue, teils verschärfte Problemlagen reagieren. Diese Veränderungen haben nachhaltige Spuren in der Gesellschaft und in den Sozialsystemen hinterlassen.

Schon im Vorfeld des EU-Beitritts wurde in den Ländern Mittelosteuropas ein rascher wirtschaftlicher Aufholprozess eingeleitet. Das Wirtschaftswachstum hat in einigen Ländern zu beträchtlichen Wohlstandszuwächsen geführt, einen gewissen Anteil hatte dabei auch die Arbeitsmigration in „alte“ EU-Länder. Für die sozialen Sicherheitssysteme in den MOEL können ähnlich positive Entwicklungen nicht oder nur bedingt konstatiert werden.

In den öffentlichen Debatten standen bisher fast immer die Fortschritte bei der Einführung des kapitalistischen Wirtschaftssystems und bei der Übernahme des EU-Acquis im Vordergrund. Sozialpolitischen Entwicklungen und Verteilungsfragen wurde demgegenüber wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Mit der Wirtschaftskrise 2008/2009 wurden nun etliche mittel- und osteuropäische Länder auch in ihrem wirtschaftlichen Aufholprozess um Jahre zurückgeworfen.

Mit 30. April 2011 werden die Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit für jene zehn Länder auslaufen, die 2004 der Europäischen Union beigetreten sind. Damit wird es auch in Österreich einen offenen Arbeitsmarkt für BürgerInnen aus diesen Staaten geben.

Das Auslaufen der Übergangsfristen wird die sozialen (Lebens)Bedingungen in den EU-Erweiterungsländern mehr ins Zentrum des politischen Interesses rücken. Je besser die Lebens-

Sozialpolitik in Diskussion, Band 11/2010: Seiten 4–5

bedingungen in unseren Nachbarländern und je höher die erzielbaren Erwerbseinkommen und die soziale Absicherung sind, desto geringer wird das Bestreben zur Arbeitsmigration in die „alten“ EU-Länder und damit auch nach Österreich sein. Genauso gilt: Je mehr es uns in unseren Ländern gelingt, für ArbeitsmigrantInnen den gleichen arbeits- und sozialrechtlichen Schutz und die gleiche Entlohnung sicher zu stellen, desto weniger wird es zu Lohn- und Sozialdumping kommen und desto weniger besteht die Gefahr einer (Konkurrenz)Spirale nach unten.

Aktuell wird die öffentliche Debatte von den (Folge)Kosten der Weltwirtschafts- und Finanzkrise bestimmt, die auch in vielen mittel- und osteuropäischen Ländern massiven Niederschlag gefunden hat. In einigen Ländern geht das so weit, dass politische Instabilitäten zu befürchten sind. Vor allem gilt das dann, wenn – wie sich abzeichnet und teils bereits beschlossen ist – die „Konsolidierungspakete“ zur Bewältigung der riesigen Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise zu einem weiteren Sozialabbau führen. Auf diese Gefahr – die auch in den „alten“ EU-Ländern besteht – wurde bei der Fachtagung von mehreren Vortragenden hingewiesen und im Gegenzug strukturelle Reformen im Finanz- und Wirtschaftssystem gefordert.

Der vorliegende Band der Schriftenreihe „Sozialpolitik in Diskussion“ enthält die Vorträge und Kommentare der oben erwähnten AK-Fachtagung, die am 3. November 2009 unter dem Titel „Sozialstaaten unter Druck: Wohlfahrtsstaatliche Veränderungen in Mittel- und Osteuropa – Rückwirkungen auf Österreich?“ in den Räumlichkeiten der AK Niederösterreich durchgeführt worden ist. Bei der AK Niederösterreich möchten wir uns in diesem Zusammenhang sehr herzlich für die gastfreundliche Aufnahme bedanken.

In den Beiträgen wurde vor allem folgenden Fragen nachgegangen:

- Welche Auswirkungen haben die Umbrüche in den mittel- und osteuropäischen Ländern auf Beschäftigung, Einkommensverteilung und Armut?
- Sind von diesen Auswirkungen auch die demokratischen Strukturen betroffen oder gar gefährdet?
- Welche Auswirkungen hat die Entwicklung in den mittel- und osteuropäischen Ländern auf Nachbarländer wie Österreich?

Konkret ging es vor allem um den Zusammenhang von Sozialstaat und Demokratie, um den weitreichenden Umbau sozialer Sicherungssysteme am Beispiel der Pensionen sowie um Entwicklungen im Bereich der Arbeits- und Industriebeziehungen. Auch der sehr wichtige Aspekt der Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt wurde exemplarisch – am Beispiel der Tschechischen Republik – behandelt. Wir bedauern sehr, dass der diesem Thema gewidmete Vortrag von Frau Prof. Hana Havelková von der Karls-Universität Prag im vorliegenden Band nicht enthalten ist, weil das Manuskript trotz mehrfacher Zusagen (und damit verbundener Verzögerungen des Druckes) nicht bei uns eingegangen ist.

Mit der Herausgabe dieses Tagungsbandes verbinden wir die Hoffnung, dass der angestoßene Dialog und die Befassung mit einem Thema außerhalb des „öffentlichen Mainstreams“ fortgeführt werden kann: Ganz im Sinne von Josef Wöss, der in seinem Kommentar betont hat wie wichtig es ist, den Blick „über den eigenen Tellerrand“ nicht auf die „alte“ EU-15 zu beschränken.

Elisabeth Beer, Ursula Filipič
Wien, August 2010

Sozialpolitik in Diskussion, Band 11/2010: Seiten 4–5